

9
82

Union in Deutschland

Bonn, den 18. März 1982

SPD schwächt das Bündnis

Der Bundeskanzler ist offenkundig nicht mehr willens, für das sicherheitspolitische Konzept des westlichen Verteidigungsbündnisses in den eigenen Reihen wirklich zu kämpfen. Denn wenn er diesen Willen noch hätte, würde der stellvertretende SPD-Vorsitzende Schmidt gegenüber seiner Partei anders handeln, als er es tut, stellt Helmut Kohl fest.

Mehrfach hat der Bundeskanzler in den letzten Wochen öffentlich zu verstehen gegeben, daß ihn der Ausgang des sicherheitspolitischen Streits auf dem kommenden SPD-Parteitag in München letztlich nicht kümmern werde. Man dürfe „einem Parteitag keine zu große Bedeutung beimessen“, sagte er in einem Interview; für „Parteien an der Macht“ zähle nur die Mehrheit im Parlament.

Das sind erstaunliche Äußerungen. Denn wie oft hatte der Bundeskanzler zuvor mit seinem Rücktritt gedroht, falls die SPD in München sicherheitspolitische Beschlüsse fassen sollte, die mit Geist und Buchstaben des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 nicht mehr zu vereinbaren seien? Wie müssen sich eigentlich seine Parteifreunde vorkommen, wenn ihnen der stellvertretende Parteivorsitzende erklärt, sie könnten in München beschließen, was sie wollten — für ihn, den Genossen Bundeskanzler, sei dies nicht mehr von Belang?

(Fortsetzung Seite 2)

■ WIRTSCHAFT

Beides ist bedroht: geordneter Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit (offener Brief von Heiner Geißler an Graf Lambsdorff)

Seite 5

■ BESCHÄFTIGUNG

Auch Sachverständige gegen höhere Mehrwertsteuer

Seite 8

■ KOALITION

SPD hat weiter gestörtes Verhältnis zur Bundeswehr

Seite 9

■ TORNADO

Apel trägt die Verantwortung

Seite 11

■ BERUFSBILDUNG

Staat und Wirtschaft müssen zusammenstehen

Seite 12

■ EL SALVADOR

Wenn die Regierung Duarte scheitert, sind die Alternativen schrecklich

Seite 13

■ DOKUMENTATION

Vertrauensfrage des Bundeskanzlers — Vertrauenskrise der SPD 1972—1982: Die SPD zwischen Anspruch und Wirklichkeit

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Aber das alles ist nicht einmal das Entscheidende. Sehr viel schwerer wiegt, daß der Bundeskanzler dem sicherheitspolitischen Leitantrag des SPD-Vorstandes für den Münchner Parteitag beigepflichtet hat, einem Antrag, der den Beschluß des Bündnisses vom Dezember 1979 nicht stützt, sondern geeignet ist, ihn zu unterhöhlen, daß der Bundeskanzler schweigend zusieht, wie wachsende Kräfte seiner eigenen Partei die Position der westlichen Führungsmacht bei den Genfer Abrüstungsgesprächen unheilvoll schwächen und damit einen Erfolg der Verhandlungen schon im Ansatz gefährden.

1. Im Dezember des vergangenen Jahres sagte der Bundeskanzler unter Bezugnahme auf den NATO-Beschluß vom Dezember 1979, *„bis Ende des Sommers 1983“* müßten in Genf *„konkrete Ergebnisse vorliegen“*; er erinnerte daran, daß die NATO eine *„beiderseitige Null-Lösung“* bei den atomaren Mittelstreckenraketen vorge schlagen habe — und fuhr dann fort: *„Wenn jedoch Ende 1983 konkrete Ergebnisse nicht vorliegen sollten, würde die Bundesregierung, würde jede Bundesregierung die im eigenen deutschen Sicherheitsinteresse und die im gemeinsamen Sicherheitsinteresse des Bündnisses eingegangenen Verpflichtungen aus dem Doppelbeschluß einhalten, das heißt, die Stationierung würde in dem geplanten Umfang erfolgen.“*

Wer im Leitantrag des SPD-Vorstandes nach Aussagen sucht, die auch nur in etwa denen des Bundeskanzlers vom Dezember 1981 entsprechen, wird diese Aussagen vergeblich suchen. Die SPD erwähnt nicht die Termine, die vom Bündnis genannt werden, um die Sowjetunion dazu zu bringen, in Genf nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern um einen Erfolg der Abrüstungsverhandlungen be-

müht zu sein. Das Vorgehen der SPD-Führung kann den Kreml nur ermuntern, in Genf kühl auf Zeit zu spielen.

2. Noch deutlichere Signale in „Richtung Moskau“ sendet der linke Flügel der SPD aus. Die SPD-Linke lehnt den NATO-Beschluß rundweg ab und wird in München dafür kämpfen, daß er von der Mehrheit der Delegierten aufgekündigt wird. Sollte sie mit diesem Plan nicht durchdringen, will die SPD-Linke erreichen, daß sich der Parteitag für ein befristetes *„Moratorium“* — den Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen für die gesamte Dauer der Genfer Gespräche — ausspricht. Keine Frage, daß ein solches *„Moratorium“*, das die Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Feld der atomaren Mittelstreckenraketen festschriebe, im Kern auf ein *„Kippen“* des NATO-Beschlusses hinausliefe und den Verhandlungen in Genf ihren Sinn nähme.

Die Aussichten, daß es den Linken in der SPD gelingt, in München die Forderung nach einem *„Moratorium“* in den ohnehin fragwürdigen Leitantrag des SPD-Vorstandes *„hineinzustimmen“*, stehen nicht schlecht. Aber selbst wenn die SPD-Linke dieses Ziel verfehlen sollte: Kommt es nach allem, was sich die Partei des Bundeskanzlers im Vorfeld ihres Parteitages an polemischen Streit um den NATO-Beschluß geleistet hat, überhaupt noch darauf an, ob in München nun der Vorstand oder die Linke eine Mehrheit findet?

Die Partei des Bundeskanzlers bietet heute — was die Sicherheitspolitik angeht — ein Bild, das eine schwere Belastung für das westliche Bündnis bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen darstellt. Angesichts dieses unleugbaren Tatbestandes mutet die Weigerung des Bundeskanzlers, für das Konzept des Bündnisses in den eigenen Reihen noch entschlossene Überzeugungsarbeit zu leisten, verantwortungslos an.

■ INFORMATION

Moskau redet vom Frieden, führt aber grausam Krieg

Anläßlich der Afghanistan-Entschliebung des Deutschen Bundestages erklärte der CDU/CSU-Abrüstungsexperte Jürgen Todenhöfer, die Fraktion begrüße die Einmütigkeit, mit der das deutsche Parlament und damit die deutsche Bevölkerung die sowjetische Invasion in Afghanistan verurteilt und ihre Solidarität mit dem afghanischen Volk bewiesen hätten.

Der sowjetische Überfall auf Afghanistan hat bisher über drei Millionen Menschen die Heimat und über 400 000 Menschen das Leben gekostet. Von seinen eigenen Reiseeindrücken schilderte Todenhöfer u. a. folgendes: Ich war neun Tage zusammen mit afghanischen Freiheitskämpfern im Landesinneren Afghanistans. Ich werde nie die Flüchtlingsströme vergessen, darunter Kinder, die uns berichteten, daß sowjetische Soldaten ihre Eltern vor ihren Augen erschossen hatten. Ich werde nie die dem Erdboden gleichgemachten Dörfer vergessen, die wir gesehen haben. Und ich werde nie die Tapferkeit vergessen, mit der das kleine afghanische Volk mit teilweise mittelalterlichen Waffen gegen die größte Armee der Welt um seine Freiheit kämpft.

Vor diesem Hintergrund habe ich Äußerungen führender deutscher Politiker nicht verstanden, die die sowjetische Invasion als „vorbeugende“ Maßnahme der Sowjetunion verharmlost haben oder die Breschnew, der persönlich die Verantwortung für den sowjetischen Überfall auf Afghanistan trägt, öffentlich als einen Mann darstellten, der um den Weltfrieden

zitterte. Mich hat in Afghanistan ein Freiheitskämpfer gefragt, ob der Westen eigentlich wirklich glaube, daß die Sowjets, die in Europa täglich vom Frieden redeten, andere Sowjets seien, als jene, die in Afghanistan einen blutigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung führten.

Ich erinnere mich noch an die monatelangen lautstarken Proteste und Demonstrationen der Linken im Zusammenhang mit Vietnam. Wo bleibt heute der Protest derselben Leute gegen den Terror der Sowjetunion in Afghanistan?

Der 21. März stellt für die Afghanen den Beginn eines neuen Jahres dar. Das afghanische Volk feiert diesen Tag jedes Jahr als Nationalfeiertag. Wir wollen den 21. März 1982 in Solidarität mit dem afghanischen Volk begehen, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen Gedenktag mit weiteren wirkungsvollen Maßnahmen zu fördern.

Ost-Berlin verschärft den Militarisierungs-Kurs

Verschiedene Anzeichen deuten, wie Peter Lorenz, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, berichtet, darauf hin, daß nach einer vorbereitenden Agitationskampagne konkrete Schritte zu einer weiteren Militarisierung der DDR bevorstehen. Im Gespräch sind zum Beispiel eine Verlängerung der Wehrpflicht auf zwei Jahre, eine offizielle Fassung des bisher internen Schießbefehls für die DDR-Grenztruppen sowie die Einführung neuer Trägermittel für taktische Nuklearwaffen.

Dies alles paßt in das Bild einer zunehmenden geistigen wie materiellen Aufrüstung der DDR. Die CDU/CSU empfindet diese weitere Militarisierung der DDR als bedrohlich, zumal die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor als konkretes

Feindbild erhalten muß, womit die DDR gegen den Grundlagenvertrag verstößt, der „normale gutnachbarliche Beziehungen“ verlangt.

Deshalb fordert die Union die Bundesregierung auf, dieses Thema gegenüber der DDR-Regierung endlich zur Sprache zu bringen.

Die CDU/CSU hält es außerdem für notwendig, die Militarisierung der DDR zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Sie wird in Kürze eine entsprechende parlamentarische Initiative einbringen.

Sicherstellung der deutschen Sporthilfe

Die CDU/CSU-Fraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, daß die Stiftung Deutsche Sporthilfe ihre langfristig angelegten Aufgaben als Sozialwerk für den im Spitzensport aktiven Athleten auf freier Basis kontinuierlich erfüllen kann. Deshalb fordert die Union weiterhin die jährliche Herausgabe von Sportsondermarken mit Zuschlagserlös zugunsten der Stiftung und die Fortsetzung der Lotterie Glücks-Spirale.

Kampagne gegen Bauern

In jüngster Zeit nehmen unsachliche Angriffe gegen die deutsche Landwirtschaft in den verschiedensten Publikationsorganen zu. Der Bevölkerung werden Horrormeldungen über die ökonomische und ökologische Verhaltensweise der Landwirtschaft aufgetischt. Es gibt sogar schon Anleitungen für Unterrichtszwecke, die der Indoktrination gegen die Landwirtschaft dienen. Hierzu erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ignaz Kiechle:

Bezeichnenderweise beteiligt sich Bun-

desinnenminister Baum an dieser Diffamierungskampagne gegen die Bauern. Auch er setzt ohne gesicherte Erkenntnisse üble Parolen gegen die Bauern in die Welt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will mit einer parlamentarischen Anfrage dazu beitragen, daß diesen Umtrieben ein Ende bereitet wird. Es zeigt sich immer mehr, daß Landwirtschaftsminister Ertl, der seinen Rücktritt bereits angekündigt hat, überhaupt nicht mehr in der Lage ist, durch sein Votum in der Bundesregierung den Bauern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Für gerechteren Dienstzeitausgleich

Für einen gerechteren Dienstzeitausgleich in Form einer Truppenzulage entsprechend den Polizeizulagen setzte sich der Unions-MdB Markus Berger ein und kritisierte die Verfügung Apels, daß alle Verbände und Einheiten, die bislang zwischen 56 und 60 Stunden Dienst pro Woche leisten, nur noch 56 Stunden machen dürfen — damit sie nicht mehr die Zulage erhalten, die es erst dann gibt, wenn sie mehr als 56 Stunden Dienst in der Woche machen.

Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages forderte die Bundesregierung auf, bei der Gewährung der Ausgleichszulage für Spitzendienstzeiten nach dem Wehrbesoldungsgesetz beziehungsweise der Bundesbesoldungsordnung eine befriedigende und gerechte Regelung herzustellen, ohne Ausbildungsforderungen an die Truppe und deren Leistungsnormen zu verringern. Insbesondere soll das Bundesministerium der Verteidigung prüfen, ob eine von den Dienststunden unabhängige Zulage für den Truppendienst in Kampf- und Kampfunterstützungsverbänden auf der Ebene der Kompanien, Bataillone und Regimenter die gerechtere Lösung darstellt.

■ SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Beides ist bedroht: geordneter Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit

Generalsekretär Heiner Geißler hat an Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff einen offenen Brief gerichtet. In diesem Brief setzt sich Geißler mit dem Verständnis des Ministers von Sozialer Marktwirtschaft auseinander. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Graf Lambsdorff, gegen Ende der Bundestagsdebatte am letzten Donnerstag über den Jahreswirtschaftsbericht 1982 und das „Beschäftigungsförderungsgesetz“ hatten Sie folgendes gesagt: „Was Herr Geißler gesagt hat, hat mit dem Grundverständnis Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun. Das wissen Sie auch ganz genau. Ich frage mich nur, warum Sie Herrn Geißler so frenetischen Beifall gezollt haben.“

Ich konnte Ihnen an diesem Tag nicht mehr antworten, da ich an diesem Abend im Kommunalwahlkampf Schleswig-Holstein auf zwei Veranstaltungen sprechen mußte. Ursprünglich war ja als Termin für diese Debatte der 11. März vorgesehen gewesen.

Sie haben im Deutschen Bundestag die Frage nach der Sozialen Marktwirtschaft aufgeworfen. Ich schreibe Ihnen diesen offenen Brief, weil in Ihren Äußerungen, aber auch in den Äußerungen Ihres Parteivorsitzenden, Herrn Genscher („Herz-Jesu-Sozialismus“) ein sehr verkürztes, ein ökonomistisch halbiertes Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft zum Ausdruck kommt. Diese Äußerungen, aber auch Ihre Politik, lassen es mir geboten erscheinen,

das umfassende Verständnis und die geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gegen eine Partei — die FDP — zu verteidigen, die in ihren eigenen Reihen zwischen einem Paläoliberalismus und sozialistischen Vorstellungen hin- und herschwankt und den inneren Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit ständig übersieht:

*„Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört un-
abdingbar ein geordneter Wettbewerb
und soziale Gerechtigkeit. Beides ist not-
wendig. Wettbewerb und sozialer Aus-
gleich sind die beiden Seiten einer Medail-
le, und es hat keinen Zweck, wenn wir
Richtungskämpfe anzetteln, bei denen
einmal die ökonomische Seite, einmal die
soziale Seite in den Vordergrund gestellt
wird. Beide sind Teile einer Einheit, die
wir als Einheit auch begreifen müssen.“*
(Alfred Müller-Armack)

Beide Elemente der Sozialen Marktwirtschaft sind gegenwärtig bedroht und auf das höchste gefährdet. Zu den wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit gehört, darin sind wir uns einig, die hohe Kostenbelastung der Unternehmen. Wenn dies richtig ist, warum lassen Sie dann zu, daß öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften sich einfach weigern, den von der Regierung vorgeschlagenen Solidaritätsbeitrag einer Gehaltskürzung von 1% zu leisten? Warum schweigt die Regierung dazu, daß die seit Jahren betriebene Lohnnivellierung bei den Tarifverhandlungen, bei denen der öffentliche Dienst sehr oft den „Leithammel“ spielt und wofür Ihr

Parteifreund Baum eine Hauptverantwortung trägt, eine wichtige Ursache dafür darstellt, daß Arbeitsplätze unterer Lohngruppen wegrationalisiert wurden. Daß die durch die Gesetzgebung verursachten Bürokratiekosten inzwischen 3% des Umsatzes der deutschen Wirtschaft ausmachen und sich damit auf dieselbe Höhe belaufen wie die Erträge der deutschen Wirtschaft, ist ja allseits bekannt.

Diese Probleme können nur von einer Regierung gelöst werden, in der ordnungspolitischer Konsens besteht, die über politische Autorität verfügt und die sich dann auch gegenüber mächtigen Interessengruppen durchsetzen kann. Dazu sind Sie nicht mehr in der Lage, und Sie verfehlen damit eine Aufgabe, deren Erfüllung immer eine wichtige Voraussetzung der Sozialen Marktwirtschaft war: Kapitalismus und Paläoliberalismus konnten oder wollten sich mit einem „Nachtwächterstaat“ begnügen; die Soziale Marktwirtschaft braucht keinen allzuständigen, wohl aber einen starken Staat, der einen geordneten Wettbewerb und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit garantiert.

Deshalb waren die Väter der Sozialen Marktwirtschaft immer äußerst skeptisch gegen den übermächtigen Einfluß der Interessengruppen. Es ist daher in Ihrem Sinne, sich gegen eine gesellschaftspolitische Entwicklung zu wehren, bei der, wie ich gesagt habe, große Verbände und mächtige Interessengruppen sich auf dem Rücken von Minderheiten und Leuten einigen, die sich nicht wehren können, z. B. auf dem Rücken der Rentner, der Familien mit Kindern, der kleinen Landwirte, des Mittelstandes.

Anstatt diese Probleme anzugehen, kürzen Sie u. a. diesen Leuten das Kindergeld oder erhöhen die Mehrwertsteuer, die ja nun in jeder Hinsicht beschäftigungspolitisch kontraproduktiv und sozial in höchstem Maße ungerecht ist. SPD und

FDP einigen sich stets dort, wo der Widerstand am geringsten und der Kompromiß noch am ehesten möglich ist.

Mit Sozialer Marktwirtschaft hat das nichts zu tun. Die Folgen sind entsprechend: Ohne eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen, eine weitere Erkenntnis Erhard'scher Politik, kann die Soziale Marktwirtschaft nicht erfolgreich sein.

Seit Sie aber die Regierungsverantwortung tragen, schreitet der Konzentrationsprozeß der deutschen Wirtschaft munter fort. Fast 100 000 Betriebe sind in den letzten elf Jahren in Konkurs gegangen — allein 1981 11 653 —, und es handelte sich fast ausnahmslos um kleine und mittlere Unternehmen. Dies wundert auch nicht, da Großunternehmen mit der enormen Kostenbelastung, für die ich einige Beispiele aufgezählt habe, natürlich wesentlich besser fertig werden als der Handwerker und der mittelständische Unternehmer.

Kostendruck und Rationalisierungszwang machen den Mittelstand kaputt. Anstatt den Kostendruck zu mildern — und der öffentliche Dienst hätte hier mit gutem Beispiel vorangehen sollen —, weichen Sie vor den Tarifparteien zurück und belasten statt dessen die Familien mit Kindern, die Rentner, die Bundeswehrsoldaten und nehmen die Einbußen der kleinen Leute seit Jahren widerspruchslos und tatenlos hin.

Was haben Sie eigentlich dagegen, daß ich mich gegen eine Gesellschaft wende, in der, wie ich im Bundestag sagte, „sich diejenigen am besten durchsetzen können, die die stärksten Ellbogen haben, die Großindustrie gegen den Mittelstand, die Arbeitsfähigen gegen die alten Leute und diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, gegen die Arbeitslosen“. Für Ihren Widerstand gegen eine solche Beurteilung können Sie sich jedenfalls weder auf die Soziale Marktwirtschaft noch auf Ludwig Er-

hard, weder auf Wilhelm Röpke noch auf Alfred Müller-Armack berufen.

Und noch eine Frage: Subventionen sind Gift für die Soziale Marktwirtschaft. Warum gehen Sie als zuständiger Minister nicht daran, den Dschungel der Subventionen zu beseitigen? Aber Sie machen es sich einfacher und halten sich an die Rentner oder an die kinderreichen Familien.

Ich fordere Sie auf, bei den kommenden finanzpolitischen Entscheidungen endlich den bequemen Weg der Steuererhöhung, der Neuverschuldung und der Belastung der kleinen Leute zu verlassen und den richtigen Weg zu gehen, nämlich die Subventionen zu kürzen.

Soziale Marktwirtschaft unterscheidet sich vom reinen Ökonomismus, der „ein wahrer Götzenkult werden kann“ (Wilhelm Röpke), vor allem dadurch, daß sie auch Fragen „jenseits von Angebot und Nachfrage“ ernst nimmt und „Maß und Mitte“ auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht verliert. Die treffendste Kritik an Ihrer Wirtschaftspolitik und -philosophie habe ich bei Wilhelm Röpke gefunden:

„Nationalökonomisch dilettantischer Moralismus ist ebenso abschreckend wie moralisch abgestumpfter Ökonomismus.“

Ich habe, zugegebenermaßen, im Deutschen Bundestag den Verfall der sozialen Gerechtigkeit besonders kritisiert. Aber ähnliches läßt sich auch über den Verfall unserer marktwirtschaftlichen Ordnung sagen. Mit diffamierenden Schlagworten wie „Herz-Jesu-Sozialismus“ wollen Sie ja nur zum Gegenangriff übergehen, um die Tatsache zu verdecken, daß die Freien Demokraten genauso wie die Sozialdemokraten inzwischen Gefangene der mächtigen Interessengruppen in unserer Gesellschaft geworden sind.

Aber vielleicht sollte es Ihnen doch zu denken geben, daß die Verkürzung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer wirtschaftlichen Ordnung der industriellen

Märkte in erster Linie dazu beigetragen hat, daß inzwischen viele Ideologen, leider mit Aussicht auf Erfolg, eine überholte Philosophie, nämlich die des Sozialismus, als Leitbild für die Zukunft anpreisen können.

So wird die hohe Arbeitslosigkeit mit Ihrer Hilfe in der Hand dieser Ideologen zu einer Waffe gegen die Soziale Marktwirtschaft. Wer die geistig-moralischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft verschweigt und ihre soziale Dimension leugnet, der leistet ihr am Ende einen Bärendienst.

Die Soziale Marktwirtschaft bleibt aktuell. Zu ihr gibt es keine Alternative. Aber diese Regierung ist nicht ihr Sachwalter, und Sie sind nicht ihr Interpret.

Verschärfung des Demonstrationsrechts abgelehnt

Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition halten im Gegensatz zur CDU/CSU-Opposition das gegenwärtige Demonstrationsrecht für ausreichend und lehnen deshalb eine Gesetzesinitiative des Bundesrates ab, die unter Hinweis auf zunehmende Gewalttaten auf eine Verschärfung zielt.

Bei der ersten Lesung der Bundesratsvorlage betonte Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) im Parlament, die bestehenden Gesetze reichten aus, „um der Gewalt und dem Rechtsbruch wirksam und wo es sein muß auch mit Härte entgegenzutreten“. Sprecher der Union nannten diese Haltung unverantwortlich.

Der von der Unionsmehrheit in der Ländervertretung unternommene Gesetzesvorstoß zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches sieht vor, daß bei Demonstrationen die sogenannte passive Bewaffnung von Teilnehmern mit Helmen oder ähnlichen Gegenständen sowie die Maskierung und Vermummung verboten wird.

■ BESCHÄFTIGUNG

Auch Sachverständige lehnen höhere Mehrwertsteuer ab

Die SPD/FDP-Koalition hat mit ihrem sogenannten Beschäftigungsprogramm in der vergangenen Woche zwei neue Niederlagen erlebt. Einmal lehnten bei einem Hearing im Bundestag die Sachverständigen von 45 Verbänden die wichtigsten Teile der Gesetzesvorlagen ab, und zum anderen zeigten die neuesten Steuerschätzungen, wie unrealistisch die Politik der Koalition ist.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung übertreffen die schlimmsten Erwartungen, erklärte MdB Hansjörg Häfele. Die Dauerkrise der Staatsfinanzen spitzt sich in bedrohlicher Weise zu. Auf Bund, Länder und Gemeinden kommen neue Haushaltsrisiken in zweistelliger Milliardenhöhe zu. Die Einnahmeerwartungen für 1983 müssen um fast 15 Milliarden Mark nach unten revidiert werden. Allein der Bund hat 1983 Steuermindereinnahmen von mehr als 7 Milliarden Mark zu verkraften. Hinzu kommen noch zusätzliche Risiken auf der Ausgabenseite und voraussichtlich geringere Abführungen der Bundesbank.

Die Stellungnahme des Bundesfinanzministers zu den Problemen, die sich daraus für die Haushaltsaufstellung 1983 ergeben, bezeugt Ratlosigkeit. Jetzt rächt es sich, daß die Bundesregierung im letzten Sommer mit unzureichenden Sparbeschlüssen die notwendige Wende verpaßt hat. Das Sommertheater 1981 dürfte nur ein harmloses Vorspiel zu dem gewesen sein, was uns in diesem Jahr erwartet.

MdB Haimo George stellt fest: Die Sachverständigen-Anhörung hat die bisherige Einschätzung der CDU/CSU voll bestätigt. Die globalen belastenden Wirkungen durch die geplante Mehrwertsteuererhöhung wirken sich beschäftigungspolitisch so stark negativ aus, daß die erhofften positiven Wirkungen auf die Beschäftigung durch die Investitionszulage und Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche schon wegen ihrer lediglich punktuellen Wirkung dafür nicht einmal ein ausreichendes Äquivalent bringen.

Sozialpolitisch sehr problematisch ist die Vorziehung des von SPD und FDP beschlossenen Individualbeitrages von 1% der Renten für die Rentnerkrankenversicherung auf 1984 zu Lasten der Bezieher von Renten und Altershilfe Landwirtschaft, da dies nicht der Konsolidierung der Systeme der Alterssicherung dient, sondern der Entlastung des Bundeshaushalts um rund 1,4 Mrd. DM. Erneut müssen die Rentner Matthöfers Schuldenkasse auffüllen.

Die Mehrbelastungen der Privathaushalte von bis zu 25 DM monatlich durch die erhöhte Mehrwertsteuer werden viele Rentner und Mehrkinderfamilien zusätzlich einkommensmäßig unter die Sozialhilfeschwelle absinken lassen. Die Folge ist, daß die Gemeindekassen noch leerer werden.

Die grundsätzlich zu begrüßenden Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche für 1982 bis 1984 mit einem Gesamtvolumen von 120 Mio. DM könnten gesetzgeberisch auch außerhalb des Beschäftigungsförderungsgesetzes eingeführt werden.

Zusammengefaßt: Wenn das Beschäftigungsförderungsprogramm an eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gekoppelt bleibt, hilft es weder den Arbeitslosen, noch dient es der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

■ KOALITION

SPD hat weiter gestörtes Verhältnis zur Bundeswehr

Zum SPD-Forum Bundeswehr erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Wörner, die Tagung der SPD zur Bundeswehr habe nicht in einem einzigen Punkt der drückenden Probleme der Bundeswehr auch nur einen bescheidenen Lösungsansatz gebracht. „Alle Pflichtverbeugungen in Richtung auf die Soldaten der Bundeswehr vermögen nicht über die vernichtende Bilanz der Sicherheitspolitik der SPD hinwegzutäuschen. Entgegen den Beteuerungen von Brandt und Apel ist die Kampfkraft der Bundeswehr nachhaltig geschwächt, steht die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland in Zweifel und schwindet die Verteidigungsbereitschaft. Die SPD-Führung erntet die Früchte einer Bewußtseinsbildung, die die Entspannung auf Kosten der Verteidigung überbetont hat. Auf der Veranstaltung der SPD wurde nirgendwo der Wille zu einer wirklichen Umkehr sichtbar.“

Castros Propagandist sitzt im Deutschen Bundestag

In dem breiten Spektrum kommunistisch beeinflusster Organisationen gibt es auch eine „Freundschaftsgesellschaft BRD — Kuba e. V.“. Der Sprecher der CDU, Wolter von Tiesenhausen, machte darauf aufmerksam, daß ihr stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing ist. Sein Co-Stellvertreter, mit dem er zuweilen brüderlich vereint öffentlich auftritt, ist Fritz Noll, seit 1976 Mitglied des Parteivorstandes der DKP und kommunistischer Bundestagskandidat im Wahlkreis Kempen-Krefeld.

Eine solche enge Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ist keine Seltenheit. Jungsozialisten koalieren, wo immer es geht, an den Universitäten mit Kommunisten, marschieren gemeinsam mit der DKP-Jugend gegen die Außen- und Sicherheitspolitik des eigenen Bundeskanzlers und unterhalten vielfältige, zum Teil enge Kontakte zu den kommunistischen Parteien in aller Welt.

Wie lange kann sich die SPD noch die Umtriebe ihres Mitgliedes und Mandatsträgers Klaus Thüsing bieten lassen, der zum propagandistischen Helfer kommunistischer Aktivitäten geworden ist?

Genossen aus Ost und West

Der Vorsitzende der DDR-Jugendorganisation, Egon Krenz, ist von einer Anzahl hochrangiger SPD-Politiker in Bonn empfangen worden. Nach Darstellung der SPD verlängerte Krenz einen Besuch beim Kongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), um Kontakte zur SPD aufzunehmen. Er wurde vom Juso-Vorsitzenden Willy Piecyk und dem außenpolitischen Experten, Karsten Voigt, empfangen. Auch Gespräche mit SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz sowie mit dem stellvertretenden Parteichef Wischnewski kamen zustande.

Soldaten-Demo gegen Apel

Zum erstenmal wollen Tausende von Soldaten gegen Verteidigungsminister Apel (SPD) demonstrieren — voraussichtlich Anfang Mai in Koblenz. Die Soldaten, denen schon 50 Mark Sparzulage gestrichen wurden, müssen seit März in 56 Wochenstunden schaffen, was sie zuvor in 60 Stunden leisteten. Wehrpflichtige verlieren dadurch monatlich 54 von 324 Mark. Der Chef des Bundeswehrverbandes, Heinz Volland: „Die Truppe ist verärgert. Wir müssen ein Zeichen setzen.“

FDP warnt SPD vor höherer Neuverschuldung

In der Regierungskoalition bahnt sich bereits mehrere Monate vor der Aufstellung des Haushalts 1983 ein neuer Streit über die Finanzierung der schon jetzt abzusehenden Etatlücken in Höhe von mindestens zehn Milliarden DM an. Nachdem Finanzminister Matthöfer (SPD) angedeutet hatte, er schließe auch für 1983 eine Erhöhung der Neuverschuldung über die in der Finanzplanung vorgesehenen knapp 26 Milliarden DM nicht aus, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hoppe, wer in der jetzigen Situation durch Spekulationen über Abweichungen von der Finanzplanung ohne Not Unruhe in die Kapitalmärkte hineindränge, müsse sich über die Folgen im klaren sein.

Lafontaines rosarote Brille

Der Saarbrücker Oberbürgermeister Lafontaine, SPD-Vorstandsmitglied und prominenter Linksaußen, hat in Ost-Berlin Thesen zur Sicherheitspolitik verkündet, die der westlichen Position, also auch der erklärten Politik der Bundesregierung, diametral zuwiderlaufen. Lafontaine verwirft die Strategie des militärischen Gleichgewichts und plädiert für eine einseitige Abrüstung. Die militärische Balance zwischen Ost und West, die bislang — und zwar mehr als drei Jahrzehnte — den Frieden bewahrt hat, ist nach Ansicht des renommierten Sozialdemokraten das auslösende Moment für ein Wettrüsten, das man eben durch einseitigen Waffenverzicht beenden müsse.

Stammten solche Gedanken von eifernen Jusos, so könnte man darüber zur Tagesordnung kommen. Aus dem Munde des Saarbrücker OB bekommen sie allerdings ein besonderes Gewicht. Sie lassen jedenfalls erkennen, wohin der Kurs der

SPD führen wird, wenn die von Lafontaine und auch von Eppler repräsentierte Richtung — schon auf dem Münchner Parteitag — mehrheitsfähig wird.

Vor dem Hintergrund der Genfer Abrüstungsverhandlungen können solche Äußerungen nicht scharf genug zurückgewiesen werden; denn sie sind dazu angehtan, die durch Teile der SPD bewirkten Irritationen im westlichen Bündnis zu verschärfen und dadurch wesentlich den Sowjets den Rücken zu stärken. Den Frieden machen sie auf gar keinen Fall sicherer.

Offergelds Weitblick

Zwei Tage war der 44jährige Entwicklungshilfeminister Offergeld (SPD) in Nicaragua. Dann sah er klar: Das Revolutionsregime will keine kommunistische Diktatur, sondern die Demokratie.

Kaum war Offergeld wieder in Bonn, verhängten die Revolutionäre das Kriegsrecht. Ausgangssperre, Pressezensur.

Jusos: Hansen bleibt unser Bündnispartner

Der aus der SPD ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen „ist und bleibt für uns Diskussionspartner und Bündnispartner“, erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Klaus-Peter Wolf, auf einer Podiumsdiskussion mit Hansen in Göttingen. Juso-Vorstandsmitglied Wolf bezeichnete die Überlegungen, eine sozialistische Partei links von der SPD zu gründen, als „etwas übereilten und dilettantischen Versuch, Protest und Unmut innerhalb der linken Bewegung aufzugreifen“. Es sei wichtiger, innerhalb der Partei ein „Auffangbecken“ für frustrierte Sozialdemokraten zu schaffen und die SPD nicht „den Schmidts, Rengers und Löwenthals“ zu überlassen.

■ TORNADO

Apel trägt die Verantwortung

Nachdem bis zuletzt davon ausgegangen werden konnte, für den gesamten Zeitraum, in dem der Tornado-Untersuchungsausschuß getagt hat, einen gemeinsamen Bericht erstellen zu können, ließ in der vergangenen Woche die Koalition die Maske fallen.

Entgegen früherer und ausdrücklicher Zusagen lehnte man es jetzt kategorisch ab, bisher fehlende Untersuchungsbereiche, mit denen sich der Ausschuß lange beschäftigt hatte, in den Bericht aufzunehmen, oder man versucht, diese Teile gleichsam wegzuschreiben, stellen die Abgeordneten Willy Wimmer und Ortwin Lowack fest. Unsere Antwort auf diese offensichtliche Manipulation war die unverzügliche Erstellung eines eigenen Berichts.

Danach machen die Ergebnisse des Untersuchungsverfahrens und der Beweisaufnahme deutlich, daß verschiedene Ursachen für die Nichtbewältigung der über einen langen Zeitraum voraussehbaren und sich dann ständig absehbar entwickelnden Unterdeckung beim MRCA-Tornado verantwortlich waren. Hierfür trägt im vollen Umfang der Bundesverteidigungsminister Apel die persönliche und politische Verantwortung. Er hat entweder durch eigene Entscheidung, wie die Außerkräftsetzung der Planungskontinuität im Bundesministerium der Verteidigung, oder durch bewußtes Unterdrücken ihm zugegangener Informationen und Entscheidungsfähigkeit bewiesen, daß er nicht bereit ist, politische Verantwortung in einem so wichtigen Ministerium zu tra-

gen. Minister Apel hat durch dieses Fehlverhalten höchst gravierende Folgeschäden für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr verursacht und verschuldet und damit die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

Berücksichtigt man die vielfältigen Aktivitäten und Vorlagen der Fachbereiche und des Inspektors der Luftwaffe, die Apel zur Kenntnis gelangten, so mutet es schon zynisch an, wenn der Minister seinen Mitarbeitern vorwirft, es habe keiner angesichts der Tornado-Finanzmisere „umgeschnallt“ und sei zu ihm gekommen.

Gegenüber der Abteilung Rüstung, insbesondere dem SBWS-MRCA sowie dem Inspekteur der Luftwaffe bedeutet dieser Vorwurf des Ministers jedoch eine Verdrehung der Tatsachen und einen peinlichen Gesichtsverlust für Apel, weil er weiß, daß sich die ihm unterstellten Beamten und Offiziere nicht wehren können.

Festzustellen bleibt demgegenüber nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme: Hätte sich der Minister mehr den Geschäften seines Ministeriums gewidmet, hätte er nicht durch seine Unterschrift entgegen den Warnungen einen vorhersehbar unzulänglichen Haushalt unterschrieben und hätte er insbesondere die zahlreichen schlüssigen Vorlagen vor allem des Inspektors der Luftwaffe und der Abteilung Rüstung zur Kenntnis genommen und danach gehandelt, dann gäbe es weder das heute zu beklagende Finanzchaos bei der Bundeswehr, noch wäre die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland in diesem Ausmaß beeinträchtigt worden.

■ BERUFSBILDUNG

Staat und Wirtschaft müssen zusammenstehen

Wenn der Berufsbildungsbericht 1982 feststellt, daß sich die seit 1976 stetig verbessernde Ausbildungsplatzsituation im vergangenen Jahr nicht fortgesetzt hat, so ist dies in der Tat Anlaß zur Besorgnis, erklärte der bildungspolitische Sprecher, MdB Anton Pfeifer, im Bundestag. Zumal der neukonstituierte Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Ausdruck gebracht hat, daß 1982 ein ausgewogenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den beruflichen Ausbildungsplätzen gefährdet ist.

Wir können also nicht mehr ohne weiteres damit rechnen, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen wie bisher größer bleibt als die Zahl der Jugendlichen, die um einen Ausbildungsplatz nachsuchen. Die Sorge — insbesondere die Sorge der Haupt-, Real- und Sonderschüler, nach der Schule einen Ausbildungsplatz zu finden — ist also größer geworden, und ohne Zweifel erfordert die Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen von allen Verantwortlichen im Bereich des beruflichen Bildungswesens vermehrte Anstrengungen. Vor allem ist eines notwendig: ein partnerschaftliches Zusammenarbeiten von Staat und Wirtschaft mit dem Ziel, die berufliche Ausbildungssituation im laufenden Jahr wieder zu verbessern.

Die Vertrauensgrundlage für ein solches für die Zukunftssicherung unserer jungen Generation lebensnotwendiges partnerschaftliches Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft schmälert allerdings, wer in

dieser Situation die ausbildenden Betriebe mit dem ungerechten Vorwurf nachlassender Ausbildungsbereitschaft überzieht oder gar an die Adresse von Handwerk, Handel und Industrie — wie kürzlich der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft — die Drohung richtet, demnächst „andere Saiten aufziehen“ zu wollen.

Die Bundesregierung ist derzeit schnell bei der Hand mit unterschwelligem Vorwürfen an die Adresse der ausbildenden Wirtschaft. Man kann die Ausbildungsmöglichkeiten der Wirtschaft doch nicht von der gegenwärtig außergewöhnlich schlechten Wirtschaftslage abkoppeln wollen. Wenn in einem Jahr über 11 000 Betriebe in Konkurs gehen, dann hat es nichts mit nachlassender Ausbildungsbereitschaft zu tun, wenn in diesen Betrieben nicht nur Arbeitsplätze, sondern leider auch Ausbildungsplätze verlorengegangen sind.

In Wahrheit ist es doch so: Wir haben im Jahre 1981 schwere Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt erlebt. Die Bilanz der Ausbildungsplätze war demgegenüber im vergangenen Jahr immer noch positiv. Dies entspricht einer Tendenz der zurückliegenden 10 Jahre, in welchen die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Wirtschaft um 750 000 gesunken, die Zahl der Lehrlinge aber um 500 000 gestiegen ist, die Ausbildungssituation war also immer besser als der konjunkturelle Trend, und dies zeigt doch, daß Handwerk, Handel und Industrie ihre Ausbildungsverpflichtung ernst genommen haben und deswegen hier nicht offene oder versteckte Vorwürfe verdienen, sondern zunächst einmal sehr viel eher ein Wort des Dankes und der Ermutigung.

Zusammenfassend ist zu sagen: Die Bundesregierung hat allen Grund, in der Berufsbildungspolitik in ihrem eigenen Verantwortungsbereich einiges zu korrigieren und in Ordnung zu bringen. Solange dies nicht geschehen ist, sollte es die Bundesregierung unterlassen, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

■ EL SALVADOR

Wenn die Regierung Duarte scheitert, sind die Alternativen schrecklich

Am 28. März 1982 findet in El Salvador die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung statt. Die entscheidende Frage ist, ob es der Christlich Demokratischen Partei El Salvadors gelingt, allein oder in einer Koalition mit kleineren Parteien die Mehrheit der 60 Mandate zu erringen.

Die linksradikale Guerilla beteiligt sich nicht an dieser Wahl, weil sie auf diesem Wege keine Chancen sieht, die Macht zu erringen. Statt dessen versucht sie durch gesteigerte militärische und propagandistische Aktivitäten alles, um die Durchführung dieser Wahl zu verhindern. Wenn die Regierung Duarte scheitert, sind die Alternativen schrecklich. Der Rückfall in eine rechtsradikale Diktatur wäre nur ein Übergang zu einer linksradikalen Terrorherrschaft à la Nicaragua. So steht bei dieser Wahl am 28. März sehr viel auf dem Spiel.

Der Lateinamerikabeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Ottfried Hennig, hatte bereits mehrfach Gelegenheit, dieses Land zu besuchen und sich eingehend in Gesprächen mit der Regierung, der Kirche, den Gewerkschaften, der Guerilla sowie dem Mann auf der Straße über die wirkliche Situation zu informieren. Sein nachfolgender Bericht dürfte sich von manchen einseitigen Zeitungsmeldungen unterscheiden:

Zu mehr als 50 Prozent ist das Thema El Salvador ein Informationsproblem. Dies liegt zum Teil daran, daß dort deutsche

Korrespondenten nicht fest stationiert sind. Selbst gut ausgestattete Zeitungen verfügen höchstens über einen Korrespondenten im Süden des Kontinents und einen weiteren im Norden, der meistens in Mexiko-City stationiert ist, wo die salvadorianische Guerilla ihren Exilsitz hat. Auf Europa übertragen hieße dies, daß amerikanische Zeitungen, die einen Korrespondenten in Oslo und einen in Rom haben, eine seriöse und zuverlässige Berichterstattung über die Ereignisse in Polen bringen sollen.

Unter der Voraussetzung, daß das Militär in den letzten Wochen neutral bleibt und der Guerilla keine spektakulären militärischen Erfolge mehr gelingen, kann davon ausgegangen werden, daß die Wahlen in El Salvador fair und sauber durchgeführt werden. Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Im Mittelpunkt steht eine heftige politische Auseinandersetzung zwischen den Christlichen Demokraten einerseits und der rechtsradikalen ARENA und der rechten PCN andererseits. Es ist unverständlich, daß die Europäer die Christlichen Demokraten bei ihrem Kampf gegen die Rechtsradikalen nicht unterstützen. Insgesamt kandidieren acht Parteien. Duarte und die weiteren Mitglieder der Regierung dürfen zwar für hohe Wahlbeteiligung werben, sich aber nicht direkt für eine Partei engagieren. Der zentrale Wahlrat unter Leitung des international angesehenen Gynäkologen Dr. Bustamante nimmt dieses und andere Details sehr ernst und vermittelt den Eindruck, als solle es erstmals in der Geschichte dieses Landes

wirklich zu geheimen, demokratischen und unanfechtbaren Wahlen kommen.

Die entscheidende Frage ist, ob es den Christlichen Demokraten gelingt, allein oder mit Hilfe kleiner Koalitionspartner die Mehrheit in der verfassungsgebenden Versammlung zu erringen, mit deren Hilfe dann ein Interimspräsident gewählt werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, würde dies außerordentlich ernste Konsequenzen haben. Die radikale Linke beteiligt sich nicht an den Wahlen, obgleich ihnen Napoleon Duarte dies vielfach angeboten hat. Der Grund für die Weigerung, demokratische Wahlen zu akzeptieren, dürfte darin liegen, daß die Partei des FDR-Vorsitzenden Ungo, die MNR, eine kleine Splittergruppe ist, die höchstens 600 Mitglieder und als optimales Wahlergebnis in der Vergangenheit 6 000 Stimmen im ganzen Land vorzuweisen hat. Würden sie teilnehmen, würden Kommunisten und Sozialisten m. E. zusammen derzeit unter 10 % bleiben.

Unmittelbar anschließend an den Wahlgang sollen Vorbereitungen für Kommunalwahlen beginnen. In spätestens einhalb bis zwei Jahren sollen die endgültigen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden, bei denen Napoleon Duarte nicht mehr Kandidat sein kann, weil die Verfassung eine Wiederwahl nicht zuläßt. Im Falle eines Sieges der Christlichen Demokraten dürfe dann mit Fidel Chavez Mona, dem bisherigen Außenminister, als Präsidentschaftskandidat zu rechnen sein.

Ein Thema von entscheidender Bedeutung sind die Vorwürfe, die wegen angeblicher Massaker gegen die Regierung gerichtet werden. Hier ist einzuräumen, daß es Menschenrechtsverletzungen von beträchtlichem Ausmaß gibt, jedoch werden sie von allen drei Parteien dieses Konflikts begangen, nämlich den Rechtsradikalen, der linksradikalen Guerilla und leider auch

von Teilen der Regierungstruppen und Polizeiorgane. Hierzu ist aber wichtig zu wissen, daß bereits mehr als 1 000 Soldaten wegen Mißbrauchs ihrer Autorität oder ihrer Zusammenarbeit mit der gewaltsamen Rechten versetzt, in den Ruhestand geschickt, ausgestoßen oder bestraft worden sind. Zudem sind manche Berichte über Massaker maßlos aufgebauscht und in Einzelheiten frei erfunden.

So werden z. B. die Meldungen über Massaker durch die Streitkräfte in El Mosote in Morazán, bei denen nach Angaben des „Spiegels“ 1 000 Zivilisten ermordet worden sein sollen, nicht nur von amtlichen Stellen dementiert, sondern auch von der katholischen Kirche in El Salvador auf Grund der Berichte örtlich zuständiger Geistlicher als falsch dargestellt. Von den angeblich Ermordeten lebt ein großer Teil nach Aussagen der örtlichen Caritas in einem Flüchtlingslager in der Provinzhauptstadt San Francisco de Gotera.

Die Bischofskonferenz von El Salvador hat sich einstimmig von der Quelle distanziert, aus der solche Meldungen meist kommen. Sie erkennt keinerlei Erklärung an, die von der „Socorro Juridico“ im Namen der Kirche oder des Erzbistums abgegeben wurden oder in Zukunft abgegeben wird. Statt dessen rufen die Bischöfe einmütig zur Teilnahme an der Wahl auf, die für die Entwicklung des Lebens im Land von grundlegender Bedeutung sei, und führen aus, die Teilnahme sei moralische Pflicht aller Katholiken (Erklärung vom 22. Januar 1982). In einer weiteren Erklärung vom 17. Februar 1982 bezeichnen sie die bewaffneten Gruppen der FMLN wörtlich als „kommunistisch“. Auch die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) unterstützt den Wahlprozeß in El Salvador mit einem Stimmenverhältnis von 22:3, wobei bemerkenswert ist, daß alle Demokraten Lateinamerikas die Wahlen unterstützen und Beobachterdelegationen entsenden.

■ KA-STIFTUNG

Kommunale Pressearbeit

Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung bietet 1982 zahlreiche Tagungen zur Aus- und Fortbildung an.

Zu folgenden Tagungsterminen zum Thema „Kommunale Pressearbeit“ sind noch Teilnehmerplätze frei:

23. 4. bis 25. 4. 1982
(Wochenende)

16. 5. bis 19. 5. 1982

4. 6. bis 6. 6. 1982
(Wochenende)

Interessenten melden sich bitte bei der

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Heimvolkshochschule Eichholz
Postfach 29
5047 Wesseling
Telefon (0 22 36) 70 71**

Während des Aufenthaltes im Schloß Eichholz sind die Teilnehmer Gast des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 60,— DM erhoben (bei Wochenendveranstaltungen 40,— DM). Die Fahrtkosten werden in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn unter Abzug einer Eigenbeteiligung von 20,— DM erstattet.

Auch zum Thema Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich werden im Juni wieder drei Seminare durchgeführt. Interessenten melden sich bitte unter oben aufgeführter Anschrift.

STICHWORT

Mehrwertsteuer

Die Bundesregierung plant in dem am 4. März 1982 vorgelegten sog. „Beschäftigungsförderungsgesetz“ eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um ½ bzw. 1 Prozentpunkt von 6,5 auf 7 Prozent bzw. 13 auf 14 Prozent. Sie soll am 1. Juli 1983 in Kraft treten.

Die Mehrwertsteuer gehört zu den indirekten, zu den Verbrauchsteuern, d. h., sie nimmt auf die individuelle Leistungsfähigkeit des einzelnen Steuerpflichtigen keine Rücksicht. Sie belastet grundsätzlich den gesamten privaten und öffentlichen Verbrauch, also die vom Endverbraucher gekauften Güter und Dienstleistungen.

Gemessen an ihrem Aufkommen ist die Mehrwertsteuer eine der bedeutendsten Steuern in der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat hinter der Lohnsteuer das zweithöchste Aufkommen, das 1981 bei 97,8 Milliarden DM lag.

Das sind 26 Prozent der gesamten Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden. Die Anteile an der Mehrwertsteuer von Bund und Ländern sind durch Bundesgesetz geregelt: auf den Bund entfallen 67,5% des Aufkommens und auf die Länder 32,5%.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt ergibt für 1983 ein Mehraufkommen von insgesamt 3,2 Milliarden DM. Davon entfallen 2,1 Milliarden DM auf den Bund und 1,1 Milliarden DM auf die Länder. Für 1984 wird ein Mehraufkommen von insgesamt 8,9 Milliarden DM erwartet, davon 5,9 Milliarden DM für den Bund und 3,0 Milliarden DM für die Länder.

Da die Mehrwertsteuererhöhung zu steigenden Preisen führt — auch für die öffentliche Hand —, sind die realen Mehreinnahmen wesentlich geringer anzusetzen.

Die CDU lehnt die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ab, da sie nicht in die konjunkturelle Landschaft paßt, die Preise in die Höhe treibt, Arbeitsplätze gefährdet, die Tarifverhandlungen belastet und unsocial wirkt. Rentner, Familien mit Kindern, Behinderte und sozial Schwache werden von einer Mehrwertsteuererhöhung besonders betroffen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

SPD und Soldaten

Seit über zwölf Jahren stellen die Sozialdemokraten den Verteidigungsminister. Doch die Mehrheit des Offizierskorps hält das, wie der Juso-Vorsitzende Willi Piecyk polemisch formuliert, „immer noch für einen Betriebsunfall der Militärgeschichte“. Interne Umfragen geben ihm recht: Von den 202 Generälen und Admirälen der Bundeswehr bekennen sich 11 offen zur SPD, 60 zur CDU/CSU, der Rest schweigt.

Selbst bei den Unteroffizieren, die sich Anfang der siebziger Jahre noch fast zur Hälfte (42 Prozent) für die SPD entschieden, ist das Ansehen der Sozialdemokraten rapide gesunken. Bei den letzten Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein verloren die Sozialdemokraten in den Garnisonsstädten besonders viel Stimmen.

Schon vor zwei Jahren hatte der damalige Verbindungsoffizier im Kanzleramt, Oberst Dietrich Genschel, gewarnt: Bei den Soldaten, schrieb er in einer vertraulichen Ak-

tennotiz für Helmut Schmidt, werde „neuerliches Mißtrauen gegen die SPD als Partei“ spürbar, und, „je höher der Dienstgrad, desto stärker“.

Doch die Sozialdemokraten reagierten nicht. Sie glaubten, mit immer neuen und teuren Waffen die Gunst der Militärs für sich gewinnen zu können.

Nun, da Beschaffungen en gros nicht mehr möglich sind, besinnen sie sich auf ein altes Wort des Wehrbeauftragten und Schmidt-Freundes Karl-Wilhelm Berkhan: „Soldaten wollen geliebt werden.“

Auf dem SPD-Forum „Bundeswehr“ in der vergangenen Woche in Bonn forderte der Vorsitzende Willy Brandt zu einer „verständnisvollen Beschäftigung“ mit den Sorgen der Bundeswehr auf: „Wir Sozialdemokraten sollten jedem Soldaten, der zu uns kommt, außerhalb der Kaserne ein politisches Zuhause bieten.“

Doch die Kehrtwendung der Sozialdemokraten dürfte zu spät kommen. Ein Luftwaffen-Oberstleutnant: „Ich habe es satt, mich immer wieder rechtfertigen zu müssen: im Offizierskasino, warum ich Sozialdemokrat, und im SPD-Ortsverein, warum ich Soldat bin.“ **Der Spiegel, 15. März 1982**

UId

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.